

Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 72 (1981)

Heft: 6

Rubrik: Pressespiegel = Reflets de presse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gruppe % Anteil	Heizung	Warm- wasser	Kochen, Licht usw.	Energie- kennzahl (MJ/m ² · a)
65	Öl-Kombi	Öl	Elektrisch	986
15	Öl	Elektrisch	Elektrisch	916
6	Öl-Kombi	Öl/Elekt.	Elekt./Gas	968
5	Elektrisch	Elektrisch	Elektrisch	758 (564*)
4	Gas	Gas	Gas/Elekt.	1056
1	Elektrische Wärmepumpe		Elektrisch	324
4	Alle übrigen Kombinationen			950
100	Mittel von 2000 Häusern			976

*) Erläuterung im Text

schweizerischen Durchschnitt abweicht. Eine Paralleluntersuchung in der Welschschweiz, die von der OFEL an 117 Objekten durchgeführt wurde, hat z. B. für elektrisch beheizte Einfamilienhäuser eine Energiekennzahl von nur 564 MJ/m² · a ergeben, was gegenüber der von Wick ermittelten Zahl von 758 MJ/m² · a doch eine nicht unerhebliche Abweichung bedeutet, die nicht nur auf das unterschiedliche Heizverhalten in der Welschschweiz zurückgeführt werden kann.

Zu kritisieren sind auch einige Ausführungen zur Elektrizität, die einerseits ein erhebliches Vorurteil des Autors gegenüber der Elektrizität und auch einen Mangel an Elektrizitätswirtschaftlichen Grundkenntnissen offenbaren. Als Beispiel sei der Vergleich auf Seite 101 angeführt, wonach «die elektrische Beheizung mittels elektrischer Speicheröfen nach dem System der klassischen Elektroheizung und einem mittleren Anschlusswert von nur 15 kW pro Haus für je 60000 Häuser ein neues 1000-Megawatt-Kraftwerk notwendig machen». Von Gleichzeitigkeitsfaktoren, Unterschieden zwischen Leistungsbeanspruchung und Energieverbrauch, Netzauslastung usw. scheint der Autor keine Kenntnis zu haben. Dementsprechend sind natürlich auch die angeführten Investitionsvergleiche nicht haltbar, und die Betrachtungen zu den volkswirtschaftlichen Nutzen und Kosten, insbesondere was die Elektroheizung betrifft, weisen eine tendenziöse Färbung (Verfälschung) auf.

Aber abgesehen von diesen verunglückten Interpretationsversuchen auf dem Gebiet der Elektroheizung gibt dieses Buch doch äusserst interessante Informationen und Tips, die den Einfamilienhausbesitzer zu einer rationellen Nutzung der eingesetzten Energiequellen motivieren können.

Sollte es dem Autor in einer zweiten Auflage glücken, von den meist subjektiven zu wissenschaftlich und statistisch besser fundierten Wertungen zu gelangen und sein stark gestörtes Verhältnis zur elektrischen Energie zu überwinden, könnte dieses Buch zu einem Standardwerk in bezug auf Gebäude-Energiesparmassnahmen werden. Mz

Pressespiegel – Reflets de presse



Diese Rubrik umfasst Veröffentlichungen (teilweise auszugsweise) in Tageszeitungen und Zeitschriften über energiewirtschaftliche und energiepolitische Themen. Sie decken sich nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion.

Cette rubrique résume (en partie sous forme d'extraits) des articles parus dans les quotidiens et périodiques sur des sujets touchant à l'économie ou à la politique énergétiques sans pour autant refléter toujours l'opinion de la rédaction.

Problematisch, aber notwendig

Der Hauptpunkt des Berichts der eidgenössischen Energiekommission ist schon im vergangenen Dezember publik geworden. Nämlich zwei Drittel dieser Kommission sehen eine Versorgungslücke bis zum Ende der 80er Jahre voraus, die gross genug ist, dass sich (nach Leibstadt) die Errichtung mindestens eines weiteren schweizerischen Kernkraftwerks rechtfertigt, wobei die Hälfte dieser zwei Drittel sogar von KKW-Bauten in der Mehrzahl spricht. Demgegenüber kommt ein Drittel der Mitglieder dieser Kommission auf Grund ihrer ganz anders gesetzten Prämissen zum Schluss, dass kein Elektrizitätsmangel im fraglichen Zeitraum auftreten werde. Daraus soll wiederum hervorgehen, dass keine weiteren Kernkraftwerke mehr notwendig seien.

Die ganze Übung mit der Untersuchung der zukünftigen Elektrizitätsbedürfnisse ist in Wirklichkeit ein Spiel mit so vielen Unbekannten, dass der Treffer der Voraussagen innerhalb eines sehr weit gesteckten Rahmens der Möglichkeiten fast beliebig liegen kann. In dem jetzt veröffentlichten Bericht der Kommission wird dieser Sachverhalt denn auch ganz unumwunden so ausgedrückt, dass es «keine solide Basis für eine wissenschaftliche Untermauerung des Bedarfsnachweises» gebe. Noch handfester steht da geschrieben: «Der Bedarfsnachweis ist ... wissenschaftlich nicht möglich, objektiv nicht lösbar, ordnungspolitisch umstritten, vom politischen Standpunkt aus jedoch erforderlich.» Etwas zugespitzt könnte man sagen, dass unter Zuhilfenahme einer grossen Variationsbreite von Hypothesen etwas vorausgesagt werden soll, das ganz einfach nicht vorausgesagt werden kann.

Dennoch dürfte schon heute, nachdem der Elektrizitätskonsum jetzt wieder ins gewohnte Muster einer regelmässigen alljährlichen Zunahme zurückgefallen ist und in diesem Winter sogar höhere als durchschnittliche Zunahmen zu verzeichnen sind, feststehen, dass die Annahme jenes Drittels der Kommissionsmitglieder, die keine Ver-

sorgungslücke erwarten und deshalb auch keinen Bedarf für weitere grössere thermische Stromerzeugungsanlagen attestieren, die Wahrscheinlichkeit nicht auf ihrer Seite hat.

Neu an dem Bericht ist der Stellenwert, der seitens der Minderheit der Förderung einer «dezentralen Wärmekraftkoppelung» zugesprochen wird. Wenn man aber weiss, dass mindestens 3000 solcher kleinerer Anlagen errichtet werden müssten, die zum Teil mit Dieselöl gespeisen würden, wird dieser Vorschlag ziemlich fragwürdig. Glücklicherweise ist man nicht in allen Punkten uneinig geblieben, wie die Stellungnahme zu den Hauptpunkten vermuten lassen könnte. Die Kommissionsmitglieder sind sich einig, dass hinsichtlich der Versorgungssicherheit keine unnötigen Risiken eingegangen werden dürfen. Auch ist man sich einig, dass in allen Berichten der Energieversorgung ausgewogenere Anstrengungen zu unternehmen seien und mit den ausländischen Energielieferanten eine noch verstärkte Zusammenarbeit für eine verlässliche Reservepolitik über die Grenzen hinweg betrieben werden soll.

Was im Einzelnen zur Begegnung vorhandener Gefahren vorgekehrt werden wird, ist eine Frage, die auf der politischen Ebene entschieden werden muss. Die so sehr divergierenden Entscheidungsgrundlagen der Energiekommission geben allerdings mehr eine Menükarte zur Auswahl als eine klare und eindeutige Richtlinie für diese Entscheide ab. Immerhin, wer von einem inskünftig noch merklich steigenden Bedarf ausgeht, dürfte weniger riskieren, in die Irre zu gehen, als wer eine gegenteilige Erwartung zum Axiom des Handelns macht!

Hans Rudolf Böckli

«Bieler Tagblatt», Biel, 24. Februar 1981

Pullover contre thermostat

«Pour ou contre le chauffage électrique?» La question a donné lieu à un débat intéressant lors de la «Table ouverte» d'hier matin. Jacques Pilet y recevait deux ingénieurs: Pierre Lehmann, chaud adepte du pull de laine et du chauffage à bois, et Jean-Daniel Panchaud, ingénieur-chef de la Compagnie vaudoise d'électricité, davantage porté sur la pompe à chaleur et le «tout-électrique».

Actuellement dans notre pays, la très grande majorité des habitations sont chauffées au mazout. Le tout-électrique peut être considéré comme marginal puisqu'il n'est le fait que de 60000 ménages sur 2300000. Depuis 1973, nous avons réalisé à quel point il était

urgent de réduire notre dépendance à l'égard des pays producteurs de pétrole. Sans compter que les réserves d'or noir ne sont pas inépuisables. A moyen terme, nous sommes donc condamnés à développer une nouvelle source d'énergie. Jusque-là, tout le monde est d'accord y compris MM. Panchaud et Lehmann. C'est au moment où il s'agit de choisir cette énergie de substitution que le débat prend une tournure passionnelle.

Aux yeux de ses partisans, le chauffage électrique présente des avantages déterminants: pas de nuisance par les fumées, réglage de la température facilité, intervention individuelle sur la consommation d'énergie, dans les locatifs possibilité de décompte par appartement, frais d'entretien minimaux, meilleure utilisation de la chaleur du soleil et de celle fournie par les habitants d'une maison, etc.

Les opposants rétorquent que c'est là un point de vue de technocrates qui oublie d'une part le mauvais rendement du chauffage électrique et d'autre part la tendance à la centralisation et à la désresponsabilisation qu'il entraîne inévitablement. Sans compter que pour faire face à la demande d'électricité croissante, il faudra nécessairement avoir recours aux centrales nucléaires.

Dans un premier temps, il s'agit de refuser le gaspillage d'électricité auquel on assiste aujourd'hui: «Utiliser l'électricité pour se chauffer, c'est aussi aberrant que de «panosser» sa cuisine avec un bon dézaley!» s'écriait M. Lehmann avec conviction. L'électricité est une énergie noble qu'il faut réserver à des services spécifiques tels l'éclairage, l'énergie mécanique ou l'électronique. La question à poser est la suivante: qu'est-ce que notre pays peut nous offrir? Peut-on se chauffer avec cela? On comprendra alors que la «biomasse» (bois, soleil, etc.) constitue une énorme réserve d'énergie pouvant couvrir une grande partie de nos besoins en chauffage, et qui présente l'avantage d'être renouvelable. Parallèlement il est nécessaire de remettre en question notre politique de croissance continue en apprenant à restreindre nos besoins en électricité.

Devant ce vaste programme présenté par M. Lehmann, M. Panchaud pose juste une petite question insidieuse: combien de temps vous faut-il pour le réaliser? Au fond tout est là: choisir la solution de facilité en développant le chauffage électrique dont une bonne partie de l'infrastructure est d'ores et déjà en place, ou au contraire tout reprendre à zéro en pariant à long terme, quitte à se serrer un rien la ceinture.

Finalement, rien moins qu'une question de choix de société. Dis-moi comment tu te chauffes ...

D. Pi.

«24 Heures», Lausanne, le 16 février 1981

Keine sichere Energieversorgung ohne Atomkraft

km. Unabhängig von einem allfälligen Energieartikel in der Bundesverfassung solle nach dem Motto «Jetzt handeln» alles unternommen werden, um in den Gemeinden und Kantonen so bald als möglich eine sinnvolle Energiepolitik zu verwirklichen. Diese Ansicht hat das Energieforum Schweiz am Montag an einer Pressekonferenz in Bern vertreten.

Der Präsident, der Ausserrhoder *Ständerat Hans-Ulrich Baumberger*, erklärte, mehr als die Hälfte der eidg. Parlamentarier sei heute schon Mitglied des 1975 gegründeten Energieforums. Neben zahlreichen Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Wirtschaft seien aber auch nahezu 300 Firmen als Kollektivmitglied beigetreten.

Man habe dem Energieforum gelegentlich den Vorwurf der Kernenergiefreundlichkeit gemacht und es zur «Atom-Lobby» gerechnet, meinte Baumberger. Das Forum sei tatsächlich der Meinung, die Schweiz könne auf die Nutzung der Kernenergie nicht verzichten. Es unterstütze indessen alle Bestrebungen zur *Gewährleistung einer sicheren, genügenden, umweltschonenden und wirtschaftlich tragbaren Energieversorgung*. Den Entscheid des Bundesrats, auf die Erhebung einer Energiesteuer zu verzichten, begrüsse das Energieforum. Nach seiner Meinung solle die Forschung weiterhin zum überwiegenden Teil durch die Privatwirtschaft getragen werden. Bezüglich eines Verfassungsartikels seien die Ansichten im Vorstand geteilt. Einig sei man sich aber darin, dass alle vorhandenen rechtlichen Mittel voll ausgeschöpft werden müssten. Dazu gehöre neben den Aktivitäten der Kantone und Gemeinden auch ein speditives Handeln der Bundesbehörden, z.B. in bezug auf Entscheide im Kernenergiebereich, auf die Bildung von Kohle-Pflichtlagern und ein verstärktes Engagement in der Aufklärung und Motivation der Bevölkerung.

Kantone sind aktiv

Um die energiepolitischen Bemühungen auf kantonaler und kommunaler Ebene aktiv zu unterstützen, hat das Energieforum eine *Arbeitsgruppe «Kantone und Gemeinden»* geschaffen. Deren Präsident, Regierungsrat *Paul Nyffeler*, Liestal, stellte vor der Presse fest, das weitaus grösste Sparpotential liege im Wärmebereich, bei der Heizung also. Es gehe nun darum, dort Hilfe zu leisten und Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, wo dies erwünscht und notwendig sei. In den Kantonen ist nach Auskunft Nyffelers einiges in Gang gekommen: In vielen seien vollamtliche Energiedelegierte tätig, und in den meisten übrigen werde dies demnächst der Fall sein. Mehrere Energiegesetze befänden sich in verschiedenen Stadien der Ausarbeitung. Die Arbeitsgruppe lege im laufenden Jahr das Schwergewicht ihrer Tätigkeit auf die Ebene der Gemeinden.

Schwerpunkt in Gemeinden

Der Zentralpräsident des Schweizerischen Gemeindeverbandes, *Erwin Freiburghaus*, Bern, informierte über eine Umfrage bei den Gemeinden. Von rund 3000 haben seit Oktober erst 99 meist grössere Gemeinden geantwortet. Die Antworten widerspiegeln die Bereitschaft, etwas zu tun. So ist etwa der *Wunsch nach Ausbildungskursen* recht stark. Nach Meinung des Energieforums sollte in jeder Gemeinde eine für Energiefragen verantwortliche Person bezeichnet werden.

Das Energieforum wird 1981 Kurse für Energieverantwortliche organisieren. Es sieht ausserdem vor, für Gemeindebehörden und -parlamentarier ein «*Vademecum*» zu erarbeiten, das die technischen und rechtlichen Möglichkeiten einer Gemeinde aufzeigt. Schliesslich wird jeder Ausgabe der Zeitschrift «Schweizer Gemeinde» ein vierseitiger Energie-Teil hinzugefügt, der den Gemeinden Anregungen geben soll.

Energie und Wirtschaft

Das Energieforum setzte auch eine Arbeitsgruppe «Energie und Wirtschaft» ein, die von *Prof. Alfred Nydegger*, St. Gallen, geleitet wird. Die Arbeitsgruppe führte im letzten Herbst vier Geschäftsleitungs-Seminarium zum Thema «Energiepolitik im Betrieb» durch. Dieses Jahr werden eigentliche Ausbildungskurse für innerbetriebliche Energieverantwortliche organisiert. Die Arbeitsgruppe versuchte ferner mit einer Umfrage zu ermitteln, wie gross die Möglichkeiten der Wirtschaft, auf andere Energien als Öl umzusteigen, sind. Eine Zwischenbilanz ergab, dass diese Möglichkeiten innerhalb der nächsten fünf Jahre sehr begrenzt sind.

Rudolf A. Leder, Geschäftsführer des Energieforums, stellte abschliessend weitere Arbeiten und Absichten vor, u.a. den vom Energieforum geschaffenen *Auskunftsdienst*, der in den letzten einhalb Jahren von der Bevölkerung stärker benützt worden ist.

«*Appenzeller Zeitung*», Herisau, 10. Februar 1981

Elektrowirtschaft

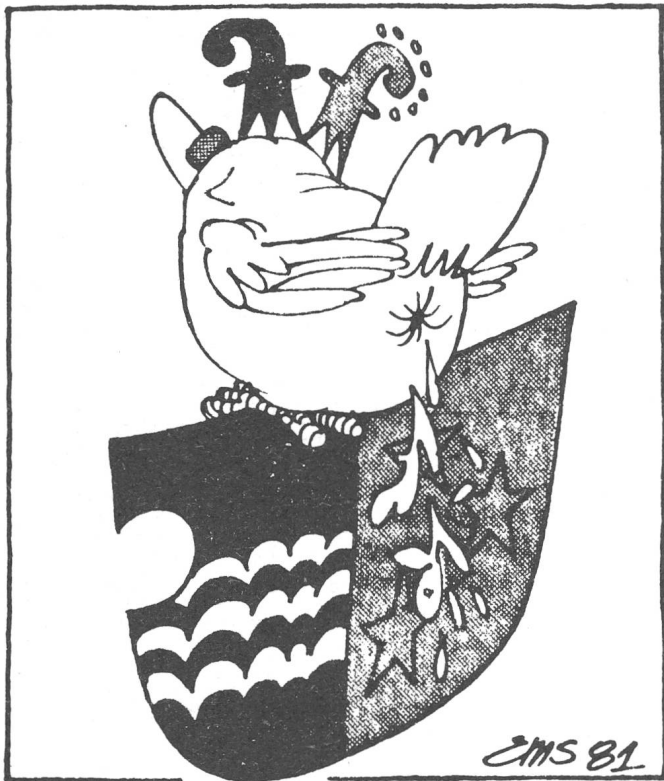
Die Elektrowirtschaft hat ihre Ergebnisse des letzten Jahres veröffentlicht. Danach ist es ihr gelungen, durch erfolgreiche Propaganda für Elektroheizung den Stromverbrauch bedeutend zu erhöhen. Ebenso erhöhte sich die Stromausfuhr. Der Mehrbedarf soll sicher neue Kraftwerke begründen. Das werden unsere Jungen wieder einmal nicht «kopfen». Wir Alten dagegen schon, wissen wir doch, um was es geht: Um den Gewinn.

Hans Jakob, Biel

Leserbrief aus «Berne Zeitung BZ», Bern, 20. Februar 1981

Rückspiegel

at. Da hängt doch seit Jahren die Frage im Schweizerraum, ob das Kernkraftwerk Kaiseraugst nötig sei oder auch nicht. Der Bundesrat machte sich den Entscheid allzuschwer und will nun, spätestens bis Mitte 1981 – was immer wieder hinausgezögert worden ist – entscheiden. Das Bundesamt für Energiewirtschaft hat diese Woche den entsprechenden «Fahrplan» bestätigt. Und nun der Clou, energiepolitisch fast zu schön, um wahr zu sein: Den Beweis, dass dieses Werk nötig sein wird, haben ausgerechnet die Regierungen der beiden Halbkantone Basel erbracht. Sie wollen ein Projekt für ein thermisches Kraftwerk mit Steinkohlefeuerung ausarbeiten lassen. Die Industriellen Werke der Stadt Basel (Mitteilungen 2/80): «Die Stromversorgung des Kantons Basel-Stadt ist ab 1985 noch nicht sichergestellt.» Die aus dieser Notlage geborene Idee für eine Anlage zur



Unsauberes Baslerdybli: Auf die Windrichtung kommt es an

Energie- und Immissionenerzeugung im grossen Stil kommt ausgerechnet aus jener Ecke der Schweiz, wo man in Kernkraftwerkdiskussionen jahrelang von Umweltschutz nur geredet hat. Auch diesmal wäre man wieder fein raus: Von der Kohlenverbrennungsanlage am Rhein hätten die zwei Basel wenig zu befürchten. Die Hauptwindrichtung ist West-Ost. Asche, Schwefel und Stickoxide würden eher das Fricktal treffen.

«Aargauer Tagblatt», Aarau, 7. Februar 1981

Strom aus Kernkraftwerken

Kürzlich war von den Bernischen Kraftwerken zu lesen, dass dieses bernische Elektrizitätsunternehmen im Jahre 1980 8 Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugt und an rund eine Million Menschen abgegeben hat. 38 Prozent davon waren Strom aus Kernkraftwerken.

Diese Zahl sollte allen zu denken geben, die gegen die Kernenergie auftreten und mit der Illusion argumentieren, unsere Energiezukunft lasse sich mit Stromeinsparungen und sogenannten Alternativenenergien allein meistern. Es kann nicht einmal gelingen, das Wachstum des Kernenergieanteils in Zukunft aufzuhalten, wollen wir nicht in Schwierigkeiten geraten, in denen sich heute beispielsweise Italien befindet. Dort hat sich das Verschleppen des Kernkraftwerkbaus ausgewirkt. Eine mehrstündige Stromabschaltung für Haushaltungen löst heute die andere ab, Trams stehen still, industrielle Betriebe werden beinahe täglich für 1½ Stunden zur Produktionseinstellung gezwungen, Unzufriedenheit macht sich in der Bevölkerung bemerkbar, Kritik an den Behörden wird laut.

Darüber nachzudenken lohnt sich. Es steht uns frei, dieses bedrückende Vorbild zu kopieren. Schade nur, dass nicht diejenigen die Verantwortung tragen müssen, die solchem Unsinn nachlaufen.

Elisabeth Gerber-Zeller, Spiegel

Leserbrief aus «Bieler Tagblatt», Biel, 17. Februar 1981

Der erste Atomkraftwerk-Tote: Ein Ermordeter

Wohin hasserfüllte Hetze führen kann

Von Gegnern von Atomkraftwerken vernehmen wir immer wieder, wie viele Menschen bei einem grossen A-Werk-Unfall sterben könnten. Obwohl A-Werke seit 20 bis 25 Jahren regelmässig Strom erzeugen, kam es aber gottlob noch nie zu einem tödlichen Unfall. Denn gegen die möglichen Gefahren von A-Werken wurden ebenso viele doppelte und dreifache Sicherheiten eingebaut, dass auch ein-

tretende Störfälle nicht zu eigentlichen Unfällen führen. Selbst im schwersten Störfall, vor zwei Jahren in Harrisburg, kam es zu keinem eigentlichen Unfall mit Verletzten oder gar Toten. (Im Gegensatz dazu verunfallen in andern Industriewerken der Welt jährlich Zehntausende von Menschen tödlich, weil nicht alle Unfallgefahren, durch technisches oder menschliches Versagen, ausgeschaltet wurden.)

Nun hat aber die ständige hasserfüllte Hetze fanatischer A-Werk-Gegner (es gibt auch andere!) zum wirklichen ersten A-Werk-Toten geführt: Die baskischen ETA-Separatisten ermordeten den von ihnen entführten Chef-Ingenieur und zukünftigen Betriebsleiter des im Endausbau befindlichen ersten spanischen A-Werkes in der Nähe von Bilbao.

Es wäre ungerecht, zu behaupten, gewaltsam und sogar terroristisch vorgehende Menschen seien typisch für A-Werk-Gegner an und für sich, denn die grosse Mehrheit der Gegner bleibt auf legalem Boden. Aber es ist eben doch typisch, dass solche Menschen auf der ganzen Welt sich zu den A-Werk-Gegnern gesellen und in dieser Atmosphäre ihre politischen und kriminellen Ziele zu verwirklichen suchen. Die Atmosphäre dazu aber wird vielfach auch von gewaltlosen A-Werk-Gegnern geschaffen, weil sie die ganze Bevölkerung mit allen Mitteln verängstigen. Bei ihrem Kampf gegen A-Werke berufen sie sich dann auf die grosse (von ihnen geschaffene) Verängstigung des Volkes ...

Walter Bachmann, Luzern

Leserbrief aus «Aargauer Tagblatt», Aarau, 13. Februar 1981

Ménages culpabilisés ?

Dans «24 heures» du 21 janvier, votre collaboratrice Francine Brunschwig interpelle les vendeurs d'électricité en leur reprochant de culpabiliser les ménages suisses parce que leur consommation augmente année après année. Selon votre collaboratrice, cette culpabilisation aurait pour but d'affaiblir l'opposition aux centrales nucléaires.

Je pense que les électriciens auraient beau jeu de lui retourner le compliment en lui rappelant que les confortables bureaux de l'avenue de la Gare, à Lausanne, dans lesquels elle rédige de tels articles, sont éclairés et climatisés jusque fort tard dans la nuit grâce à nos centrales nucléaires, qui produisent plus de 25% du courant consommé.

Si ces mêmes électriciens – qui, jusqu'à aujourd'hui, ont toujours bien fait leur travail – nous appellent que la consommation croît de près de 4% par année, ce n'est certainement pas pour culpabiliser les utilisateurs, mais simplement parce que leur mission consiste également à prévoir à long terme (plus de dix ans) les moyens nécessaires pour couvrir nos besoins futurs.

Ils le font peut-être aussi pour éviter que notre pays ne subisse les coupures répétées de courant qui paralysent la vie économique de l'Italie depuis quelques semaines – et dont les grands quotidiens romands n'ont guère parlé – parce que ce pays manque malheureusement des moyens de production nécessaires.

Florian Grognez, député, Cheseaux-Noréaz

Lettre de lecteur publiée dans «24 Heures», le 18 février 1981, Lausanne

Überboten

Den neuesten Zahlen über den Verbrauch an elektrischem Strom im letzten Jahr kommt insofern erhöhte Bedeutung zu, als sich die Landesregierung und höchstwahrscheinlich auch das Parlament im Zusammenhang mit den Bewilligungsverfahren für die Kernkraftwerke Graben und Kaiseraugst sehr bald mit dem Bedarfsnachweis werden befassen müssen. Laut revidiertem Atomgesetz dürfen weitere Kernkraftwerke ja nur gebaut werden, wenn der Bedarfsnachweis erbracht wird. Ein solcher Nachweis kann immer nur auf Schätzungen beruhen, die sich ihrerseits auf vielfältige Hypothesen abstützen müssen, so hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung, des Wirtschaftsverlaufs, der Sparmassnahmen u. a. m. Vielsagend ist diesbezüglich, dass der letztjährige Mehrverbrauch von 4,1% erheblich über jener Zuwachsrate von 3,4% liegt, welche die GEK-(Gesamtenergiekonzeptions-)Kommission für die Zeit bis 1985 geschätzt hat. Eine Quote übrigens, die von seiten der Kernkraftwerk-Gegner als Beweis für die angeblich kernkraftfreundliche Haltung der Kommission kritisiert worden ist. Dabei ist in dieser Zuwachsquote noch keine aktive Substitutionspolitik für Erdöl enthalten, die ja neben den Sparmassnahmen erklärtes Ziel einer die

Gesamtheit der Energieprobleme im Auge behaltenden Energiepolitik sein sollte. Ob die Substitution über erneuerbare Energieträger oder über die Kernenergie erfolgt, immer wird sie ihrerseits wiederum einen Mehrverbrauch an elektrischer Energie bedingen bzw. zur Folge haben.

Wenn in der Ein- und Ausfuhrbilanz die Ausfuhr deutlich überwiegt – es wurde fast doppelt soviel aus- wie eingeführt – dann ist das offensichtlich zwei Tatsachen zuzuschreiben, nämlich der Vollproduktion im KKW Gösgen und der überdurchschnittlichen Wasserführung unserer Flüsse bis praktisch zum Winterbeginn.

Alle diese Momente zeigen, wie schwierig eine zuverlässige Bedarfs-Abschätzung ist, und dass ein Bedarfs-Nachweis in des Wortes eigentlicher Bedeutung kaum zu erbringen ist.

Erich Tenger

«Der Bund», Bern, 11. Februar 1981

Mit viel Umsicht und Geduld weiterfahren

«Die Lehre von Harrisburg kann nicht sein, dass diese Technologie dem Menschen zwangsläufig über den Kopf wachsen und das Biest also getötet werden müsse, ehe es uns alle verschlingt. Sie kann vernünftigerweise nur heissen, mit sehr viel Umsicht und Geduld die weitere Entwicklung dieser Technologie zu betreiben.» Dies hielt nach dem Störfall im Kernkraftwerk Three Mile Island bei Harrisburg vor bald zwei Jahren ein deutscher Kommentator fest. Diese Lehre haben offensichtlich auch die schweizerischen Behörden gezogen. Die seinerzeit vom Bundesrat sofort angeordnete Überprüfung sämtlicher Sicherheitsmassnahmen wie auch der erste und nun der zweite Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Nationalrats machen deutlich, mit wieviel Umsicht und Verantwortungsgefühl unsere Behörden ans Werk gehen, wenn es um die Sicherheit der Kernkraftwerke und damit um den Schutz des Menschen und der Umwelt geht. Der gestern publizierte GPK-Bericht bestätigt den im internationalen Vergleich hohen technischen und betrieblichen Qualitätsgrad unserer Kernkraftwerke: «Das System der gestaffelten Barrieren bietet in der Ausgestaltung, wie es in der Schweiz durchgeführt wird, anerkanntermassen im internationalen Vergleich einen hohen Sicherheitsstandard. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich die gesamte Kette vom auslösenden Ereignis bis zum Austritt radioaktiver Strahlung in gesundheitsschädlichem Ausmass abwickeln kann, ist sehr gering.» Es wird im Bericht zudem betont, dass der schon vor Harrisburg vorhandene Sicherheitsstand ausgereicht habe, um Störfallabläufe wie den von Harrisburg «sehr unwahrscheinlich» zu machen. Und: «die seitdem veranlassten, ergänzenden Massnahmen reduzieren diese Wahrscheinlichkeit noch weiter und sollten ausreichen, um die Sicherheit der Umwelt auch bei solchen Unfallabläufen zu gewährleisten, wie sie in Harrisburg aufgetreten sind.»

Diese Nachrichten dürften für weite Kreise unseres Volkes beruhigend wirken. Es ist keine billige Behauptung, die davon ausgeht, sondern eine mit harten Fakten belegte. Vor dem Hintergrund von rund 500 Kernkraftwerken, die auf der Welt zurzeit (ohne nach aussen wirkende Störungen) im Betrieb oder im Bau sind, vermag wohl auch diese erfreuliche Bestätigung des schweizerischen Sicherheitsstandards bei vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern das Verhältnis zur Kernenergie zu entkrampfen. Damit werden wichtige Voraussetzungen geschaffen für eine sachliche Auseinandersetzung, wenn es um den Bau weiterer Kernkraftwerke in unserem Land geht; denn es bleibt uns ja in unserer Energiesituation nichts anderes übrig, als «mit sehr viel Umsicht und Geduld die weitere Entwicklung dieser Technologie zu betreiben», sofern wir unsern Lebensstandard einigermaßen bewahren wollen. Die Öffentlichkeit erwartet aber, dass das «vernachlässigbare Restrisiko» stets noch kleiner gemacht wird; denn auch im technischen Bereich ist nichts so vollkommen, dass es nicht noch vervollkommnet werden könnte. Die verantwortlichen Stellen sind offensichtlich bemüht, diese Erwartungen zu erfüllen, wie die gestrigen Verlautbarungen aus dem Bundeshaus zeigen. Sie verdienen unser Vertrauen.

Woldemar Muischneek

«St. Galler Tagblatt», St. Gallen, 21. Februar 1981

Kohlenkraftwerk: Skepsis im Badischen

ft. «Keine Bedenken gegen das Projekt als solches, aber Sorgen hinsichtlich der möglichen Umweltbelastung» – so lautet nach einer Meldung der Badischen Zeitung die erste Reaktion einer badischen Gemeinde auf die Idee der beiden Basler Halbkantone, im Raum

Pratteln an der deutsch-schweizerischen Grenze ein Gas-Kohle-Kraftwerk mit einer Leistung von 250 bis 350 Megawatt zu errichten. Die ersten Unterlagen, wie sie kürzlich in der Presse vorgestellt worden waren, sind nun durch BL-Baudirektor Paul Nyffeler auch den deutschen Nachbargemeinden zugeleitet worden. Stellung bezogen hat nun der Bauausschuss der Gemeinde Grenzach-Wyhlen, die dem geplanten Standort ennet des Rhein auf deutscher Seite gegenüberliegt. Nach dem Bericht in der Badischen Zeitung begrüsst die Gemeinde vor allem, dass die Schweizer Behörden die deutschen Nachbarn in einem so frühen Stadium begrüsst hätten. Man hält aber die zu erwartenden Umweltbelastungen «für ganz beachtlich». Ein CDU-Sprecher habe die Meinung vertreten, dass die Belastungen eines Kohle-Kraftwerkes «wahrscheinlich höher anzusetzen seien als bei einem Kernkraftwerk». Der CDU-Politiker will dabei auf das nahegelegene Projekt des AKW Kaiseraugst angespielt haben. Allerdings scheint sich auf deutscher Seite ein Irrtum bereits breit zu machen, denn in der Badischen Zeitung heisst es wörtlich: «Die Kraftwerke, falls beide erstellt würden, lägen eng beieinander, praktisch nur getrennt durch die Grenze zwischen den Kantonen Aargau (Kaiseraugst) und Baselland (Pratteln).» Hinsichtlich der möglichen Belastungen durch das Gas-Kohle-Kraftwerk will die Gemeinde Grenzach-Wyhlen die weiteren Planungen auf Schweizer Seite genau verfolgen, «wobei nicht nur die Luftbelastung eine Rolle spielen soll, sondern auch der Lärm und die Belastung des Wassers durch Schadstoffe beachtet werden soll».

«Basellandschaftliche Zeitung», 28. Februar 1981, Liestal

Chauffage électrique

Ainsi, le Grand Conseil du canton de Vaud a décidé, à l'instar de communes socialistes tel celle d'Yverdon, de n'autoriser le chauffage électrique d'une maison que dans la mesure où le propriétaire arrive à en démontrer le besoin!

En fait, prenant prétexte de légitimes économies d'énergie, certains écologistes ont réussi, devant le peuple et le Parlement, à faire passer une loi essentiellement antinucléaire. Pendant ce temps, nos voisins français, prévoyant dans une dizaine d'années un déficit de l'offre du pétrole et un peu plus tard de celle du gaz, relance le chauffage électrique ...

Espérons que le Tribunal fédéral sera amené à nous remettre sur des rails plus raisonnables, en attendant que nos politiciens se réveillent.

Lily Aeschlimann, Lausanne

«24 Heures», Lausanne, le 6 mars 1981

Les morts du nucléaire et de la route

Blessés par dizaines de milliers, amoncellement de morts, la route, chaque année, reçoit son immense holocauste de sang et de peine.

De temps en temps, le décès d'un enfant, une tragédie spectaculaire, une faute ou une négligence trop manifeste déclenche, dans un petit coin de pays, une larme dans quelques yeux, un peu de colère chez des tendres, deux ou trois débats dans les mass media.

Mais partout ailleurs dans le monde, c'est l'indifférence habituelle, le manque d'intérêt.

Accoutumés, comme les sauvages, à ces sacrifices humains, les civilisés les admettent et leur assurent même un culte, où ils se réunissent, en grappes serrées d'adorateurs, autour de leurs autels baptisés circuits.

Ainsi va la vie, ainsi va la mort! Si raisonnable qu'il se croie, l'homme a toujours, bien planté dans une circonvolution de son cerveau, un petit grain de folie!

En tirer des conclusions morales, philosophiques? – Non!

L'étonnant, c'est que cet homme, (ou cette femme) si insensible aux victimes de la route, soit effarouché comme une vierge orientale devant le moindre projet de construction nucléaire. Au point qu'on ne serait pas émerveillé de voir les étoiles, touchées au cœur, verser des pleurs de rosée dans les pétales des roses et les creux des feuilles.

Même s'ils conduisent souvent leurs voitures de manière très agressive, même s'ils se soucient peu, dès qu'il s'agit de leurs propres aises, d'épargner l'énergie, quelque 70000 adversaires du nucléaire ont donc protesté samedi contre l'établissement d'une centrale atomique à Brokdorf dans le Schleswig-Holstein.

Groupés dans une cinquantaine de mouvements allant des pacifistes aux écologistes, des maoïstes aux autonomes, des antifascistes

aux cellules rouges, venus de toutes les régions d'Allemagne, une nouvelle fois, ils ont tenu à témoigner de leur opposition farouche à l'atome. Même si celui-ci n'a que des desseins pacifiques, même si son énergie tue infiniment moins que la route ...

Et, hélas! une fois de plus, la majorité des opposants, qui sont des gens respectables, ont été débordés par des casseurs, armés de pavés, de cocktails Molotov, de bâtons et de haches.

Selon la tradition, il y a donc eu des gros dégâts matériels et des blessés, car l'Etat est bien obligé, s'il ne veut pas démissionner, de répondre par la force à la violence d'extrémistes dont le leitmotiv unificateur est: «Légal, illégal, scheissegal» ...

Nous sommes très loin d'être des inconditionnels de l'énergie nucléaire. Mais il nous paraît tout de même qu'il faut faire preuve d'une certaine logique: dans une période transitoire – si nous voulons conserver notre niveau de vie actuel – il est certain que nous devons avoir recours à elle pour nous délivrer de notre dépendance du pétrole. Par la suite, la houille, l'hydrogène, l'énergie solaire, les économies d'énergie, etc. pourront nous permettre de choisir.

Mais pour l'instant, alors que – souvent même parmi les anti-nucléaires – on encourage la consommation d'électricité et qu'on n'économise guère l'énergie, les opposants honnêtes aux centrales atomiques nous paraissent jouer avec le feu en organisant des manifestations auxquelles s'agrègent de plus en plus des troupes d'extrémistes.

Tenir compte des nécessités pratiques ne nuit pas à la défense de leurs idéaux et ils gagneraient fort en crédibilité en échafaudant une politique énergétique réaliste et sans recours au nucléaire là où ils sont majoritaires. A Hambourg par exemple!

D'autre part, en se séparant des extrémistes et des agités, ils risqueraient moins de porter des coups fatals à l'Etat démocratique.

«Quiconque excuse la violence et minimise la portée des crimes se rend aussi coupable de l'abolition du Droit et par suite de la liberté», remarque note confrère ouest-allemand Hans Wolff.

«Mettez une petite bougie allumée à votre fenêtre» pour protester, conseille un pasteur cité par «Der Spiegel».

Ne serait-ce pas plus sage, en effet, que de partir pour la guerre civile au nom du pacifisme?

Willy Brandt

«L'Impartial», La Chaux-de-Fonds, le 2 mars 1981

Informers sur les besoins en électricité: Ouvrir le dialogue

Gardons-nous des illusions: les comparaisons techniques et scientifiques de base, nécessaires à la compréhension du sujet, manquent à la grande majorité de la population. C'est pourquoi il est essentiel que l'information soit diffusée par le canal le plus crédible.

Un récent sondage nous apprend qu'en matière d'information énergétique, les Suisses accordent leur confiance aux associations de consommateurs, aux professeurs et aux conseillers fédéraux, plutôt qu'aux media, aux électriciens et aux écologistes. Cela signifie que nos concitoyens recherchent plutôt des «médiateurs familiers» auxquels ils feraient volontiers confiance pour les aider à former leur propre opinion et pour les «défendre» face aux grandes organisations.

Il revient donc aux électriciens d'accroître la crédibilité de leurs discours. A cet effet, ils ont besoin du concours des médiateurs appropriés, soit les associations de consommateurs et les pouvoirs publics avec lesquels il convient d'établir et de renforcer des rapports de confiance.

L'information aujourd'hui ...

Jamais le monde n'a disposé de moyens de communications aussi sophistiqués, nombreux et rapides qu'aujourd'hui. Or, plusieurs sondages en Suisse l'ont confirmé: l'information énergétique est mal perçue et peu assimilée.

Deux causes, au moins, sont à l'origine de cette situation paradoxale:

1) la diversité et la spécialisation des activités humaines qui ne laissent que peu de temps à l'information;

2) l'abondance des nouvelles diffusées et des moyens de communication qui diluent l'information, l'embarras du choix étant souvent source de rejet et de désinformation.

C'est pourquoi il est déraisonnable d'espérer, par la seule information, tirer rapidement le thème nucléaire hors des zones agitées du champ social. L'information des électriciens doit tenir compte des préoccupations de leurs interlocuteurs et le dialogue doit se substituer à l'information à sens unique. Sans cette volonté de prendre en considération les aspirations et les désirs des consommateurs, il n'y a pas de relations publiques efficaces.

A cause d'une certaine confusion avec la publicité, le terme de «relations publiques» est devenu ambigu et la tendance, au sein des entreprises d'utilité publique est de lui substituer le concept «information et communication», ce qui évite des interprétations parfois péjoratives.

Etablir un plan d'information et communication revient à définir préalablement une mission et des objectifs. Puis, après avoir repéré, expliqué ses contraintes et tenu compte des désirs de ses clients et des pouvoirs publics, à proposer des solutions qui entraîneront certaines modifications du comportement de l'entreprise. De ce fait, «l'information et communication» dépasse le cadre des relations publiques au sens traditionnel du terme. Cette fonction est, par essence, une fonction de direction générale, rattachée dans la plupart des entreprises aux échelons de décisions les plus élevés.

... pour une même image de marque

La diversité de nos entreprises d'électricité est à la mesure du fédéralisme helvétique. Elle en fait la force et la richesse. Quelques lignes générales communes se dégagent de ce foisonnement. Il nous a paru bon de les évoquer ici en esquissant ce que devrait être l'image de chaque entreprise:

– l'image du distributeur d'électricité doit être celle d'une entreprise chargée d'un service public: assurer la distribution en électricité du citoyen en conciliant au mieux les impératifs de qualité du service, de coût et d'environnement;

– la compagnie travaille pour satisfaire les besoins de ses abonnés et non pour accroître sa puissance. Elle ne peut prétendre déterminer seule les exigences de l'intérêt général. Il lui revient cependant de prévoir l'évolution de la demande et de proposer la mise en place des unités de production nécessaires, les décisions à cet égard incombant aux pouvoirs publics;

– l'entreprise a pour vocation de répondre aux demandes présentes et futures des consommateurs. Elle n'a pas pour objectif de gonfler ses profits. Elle recherche au contraire à susciter la meilleure utilisation possible de l'électricité pour la collectivité.

Paul-André Eicher

«Le Démocrate», Delémont, 3. März 1981